



BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

(Die Genehmigung des Protokolls durch den Stadtrat steht noch aus)

Erinnerung Heute für Morgen - Gedenken an die Ingolstädter Opfer nationalsozialistischer Verfolgung ermöglichen
- Ergänzungsantrag der B90/DIE GRÜNEN-Stadtratsfraktion vom 05.06.2020 -

Beratungsabfolge

Sitzung	Datum	Beschlussqualität
Stadtrat	18.06.2020	Entscheidung
Ausschuss für Kultur und Bildung	26.01.2021	Entscheidung
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	02.02.2021	Entscheidung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	10.02.2021	Entscheidung
Stadtrat	11.02.2021	Entscheidung

Antrag:

in Ihrem Pressestatement anlässlich der Kranzniederlegung zur Erinnerung an den mutigen Widerstand von Paul Weinzierl in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs betonten Sie die Bedeutung des Gedenkens „für unsere Demokratie und unsere Zukunft“. Dazu gehört auch ein würdiges Gedenken an die mutmaßlich weit über 200 Todesopfer nationalsozialistischer Verfolgung aus Ingolstadt, nicht nur, aber unbedingt auch in Form einer Gedenktafel. Allerdings sind bisher noch gar nicht alle Opfer recherchiert. Das Schicksal jüdischer Opfer aus Ingolstadt sowie der Opfer von Wehrmachtsjustiz, einiger politisch Verfolgter und Zwangsarbeiter*innen wurde in den vergangenen Jahrzehnten umfassend von engagierten Einzelpersonen aufgearbeitet, allen voran durch den Historiker Dr. Theodor Straub. Nach weiteren Ingolstädter NS-Opfern anderer Opfergruppen wurde bisher kaum geforscht. Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass die Suche nach NS-Opfern durch die Digitalisierung erst seit jüngerer Zeit möglich ist: Die meisten NS-Gedenkstätten verfügen heute über Opferdatenbanken, zum Teil öffentlich einsehbar auf den jeweiligen Internetseiten. Das „International Center on Nazi Persecution (ITS)“ in Bad Arolsen hat zahlreiche Zeitdokumente digitalisiert und veröffentlicht. In den letzten Monaten ergaben sich neue Erkenntnisse zu Ingolstädter Todesopfern des NS-Regimes. So konnten 16 in Ingolstadt bisher unbekannte Personen der Opfergruppe der Sinti und Roma recherchiert werden, die (bzw. deren Eltern) vor ihrer Deportation nach Auschwitz mehrere Jahre in Ingolstadt gemeldet waren. Außerdem wurden in Ingolstadt ums Leben gekommene Zwangsarbeiter*innen sowie in Konzentrationslagern ermordete „politisch Verfolgte“ mit Wohnsitz in Ingolstadt identifiziert, deren Biografien noch erschlossen werden müssen. In diesem Jahr hat der Deutsche Bundestag die Anerkennung und Entschädigung der Opfergruppen sogenannter „Asozialer“ und „Berufsverbrecher“ anerkannt. Mindestens 15 Ingolstädter*innen dieser

Opfergruppen sowie sogenannte „Justizhäftlinge“ sind in den ehemaligen Konzentrationslagern Mauthausen, Sachsenhausen, Dachau und Flossenbürg ums Leben gekommen. Dass es auch Ingolstädter Opfer der NS-„Euthanasie“-Tötungsaktion „Aktion T4“ gegeben hat, wurde erst anlässlich der Gedenkveranstaltung im Stadttheater Ingolstadt publik.

Bevor die ermordeten Ingolstädter*innen aller Opfergruppen nicht umfangreich recherchiert wurden, macht die Erstellung einer Gedenktafel wenig Sinn. Darüber hinaus sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich, um die Wissenslücken im kollektiven Gedächtnis der Stadt über ermordete Ingolstädter Opfer der NS-Verbrechen zu schließen und deren Angehörigen endlich ein würdiges Gedenken zu ermöglichen.

Die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN **beantragt** daher:

1. Die Ausstattung des Medizinhistorischen Museums und/oder des Stadtmuseums mit Mitteln zur Finanzierung einer auszuschreibenden Projektstelle zur Erforschung weiterer Ingolstädter Opfer der NS-„Gesundheitspolitik“ und der NS-„Euthanasie“ mit den Zielen:
 - a) die Ergebnisse der Arbeit im Rahmen einer Ausstellung zu präsentieren,
 - b) die Ergebnisse der Arbeit in einem „Ingolstädter Gedenkbuch“ für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde“ zusammenzufassen.
2. Die Beauftragung zur Einrichtung eines Ingolstädter Online-Gedenkbuchs.
3. Die Ausstattung des Stadtmuseums mit Mitteln zur Finanzierung einer Honorarkraft, welche Biografien ermordeter Ingolstädter*innen bislang nicht oder nur unzulänglich berücksichtigter NS-Opfergruppen (mit Ausnahme NS-„Euthanasie“ / „Gesundheitspolitik“) erstellt bzw. nach möglichen weiteren Ingolstädter*innen aus diesen Opfergruppen recherchiert mit dem Ziel, deren Biografien für das Online-Gedenkbuch aufzubereiten.
4. Die Vergabe eines Auftrags zur Gestaltung einer Ingolstädter Gedenktafel sowie deren Finanzierung für die Gedenkstätte Schloss Hartheim.
5. Einen Sachstandsbericht durch Vertreter*innen der Gedenkinitiative „Erinnern.Gedenken.Gestalten. Gestern.Heute.Morgen.“ über deren Aktivitäten vor dem Kulturausschuss in Verbindung mit einem Sachstandsbericht zur Errichtung neuer „blauer Stelen“.

Begründung

Zu 1. Bisher liegen 38 Namen von Opfern der zentralen NS-„Euthanasie“ („Aktion T4“) vor, die in Ingolstadt oder der Region geboren (und/oder ihren Wohnsitz hatten) und überwiegend in der Tötungsanstalt Hartheim ermordet wurden, darunter ein neunjähriger Junge. Die Recherchen bezüglich Ingolstädter Opfer der NS-„Gesundheitspolitik“ und der NS-„Euthanasie“ befinden sich im Anfangsstadium. Im Vergleich zu anderen bayerischen Städten, die während des Dritten Reiches ebenfalls keine Pflege- und Heilanstalten vor Ort hatten, ist von weit über einhundert Opfern der NS-„Euthanasie“ und mehreren Hundert Ingolstädter Opfern von Zwangssterilisation auszugehen. Die Recherche nach Opfern dezentraler „Euthanasie“ (Ermordung durch Medikamentenvergabe, Vernachlässigung) ist ein sehr aufwändiger Prozess und kann ohne fachliche Expertise nicht geleistet werden. Städte wie München, Landshut und Erlangen haben zur Aufarbeitung „ihrer“ Opfer von NS-„Euthanasie“ Forschungsaufträge vergeben, teils wurden die Ergebnisse bereits veröffentlicht. Dem Beispiel Münchens folgend wäre die Präsentation der Forschungsergebnisse in einem „Ingolstädter Gedenkbuch“ für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde“ wünschenswert. Weil Erinnerungsarbeit kein Selbstzweck ist, sollte die Vermittlung mitgedacht werden: Denkbar wäre die Beteiligung von Schulklassen bei der Aufbereitung der Opfer-Biografien für eine Ausstellung nach Beendigung der Rechercharbeiten. Auch eine mögliche Beteiligung der damaligen Ingolstädter Psychiatrie und Ärzteschaft sowie des Gesundheitsamtes z.B. bei der Anordnung von Zwangssterilisationen sollte im Rahmen der

Forschungsarbeit berücksichtigt werden. Eine Angliederung der Projektstelle beim Medizinhistorischen Museum wäre sinnvoll. Dessen Direktorin, Marion Ruisinger, forscht seit Jahren über die Umsetzung des 1933 erlassenen Gesetzes „zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und in diesem Zusammenhang auch nach Opfern von Zwangssterilisation aus Ingolstadt. Laufzeit und Vergütung für die Projektstelle können erst nach Einschätzung des zu erwartenden Arbeitsumfangs benannt werden (insbesondere anhand des noch zu klärenden Umfangs der im Bezirksarchiv gelagerten Patientenakten von Ingolstädter Bürger*innen während des Dritten Reiches). Co-Finanzierungsmöglichkeiten durch den Bezirk Oberbayern, den Freistaat oder den Bund sollten geprüft werden.

Zu 2. Einzelschicksale ermöglichen einen direkten, emotionalen Zugang zur Geschichte. Auch der notwendige Kontakt zu Angehörigen kann durch eine Veröffentlichung von Opfernamen erleichtert werden, bis heute sind die meisten Angehörigen der Opfer von NS-„Euthanasie“ im Unklaren über das Schicksal ihrer Verwandten. Wir beantragen die Einrichtung eines Online-Gedenkbuches mit Namen, ggf. Privatfotos und Fotos von Originaldokumenten sowie Biografien von Ingolstädter Opfern aller NS-Opfergruppen. Als Präsentationsort bietet sich entweder die Seite der Stadt Ingolstadt oder die Seite des Stadtmuseums (im Zusammenhang mit der geplanten Neugestaltung des Online-Auftritts der Mahn- und Gedenkstätten) an.

Zu 3. Opfer-Recherchen und die professionelle Aufarbeitung von Biografien sowie deren Präsentation für eine Online-Opferdatenbank können nicht allein in ehrenamtlicher Arbeit geleistet werden, es bietet sich an, dafür eine/n Student*in mit entsprechender fachlicher Ausrichtung auf Honorarbasis einzustellen.

Zu 4. Schloss Hartheim (bei Linz) war von 1939 bis 1941 eine von sechs Vergasungsanstalten des Dritten Reiches für „Kranke“, allein in Hartheim wurden während dieser Zeit über 18.000 Menschen ermordet, darunter 37 aus Ingolstadt und der Region. Bei einem Ingolstädter Opfer kann nicht abschließend geklärt werden, ob er in Grafeneck oder Hartheim ermordet wurde. In der Gedenkstätte Schloss Hartheim haben Städte, Bezirke, Gemeinden sowie Angehörige die Möglichkeit, eine Gedenktafel anbringen zu lassen (maximale Größe 40 cm x 50 cm). Viele bayerische Bezirke, Städte und Gemeinden sind dort mit einer Gedenktafel vertreten. Diesem Beispiel sollte Ingolstadt folgen, mit der Gestaltung könnte ein/e regionale/r Künstler*in beauftragt werden.

Zu 5. Die Gedenkinitiative „Erinnern.Gedenken.Gestalten. Gestern.Heute.Morgen.“ ist die wichtigste zivilgesellschaftlich Instanz bei der Erinnerungsarbeit für unsere Stadt. Im November 2019 wurde durch den Ingolstädter Stadtrat ein Gemeinschaftsantrag mit umfassenden Maßnahmen zur Stärkung der Erinnerungskultur sowie der Arbeit der Gedenkinitiative beschlossen. Wir beantragen einen Austausch mit den Vorsitzenden der Gedenkinitiative, Gerda Biernath und Lutz Tietmann, sowie mit Frau Dr. Schönwald für das Stadtmuseum zum derzeitigen Arbeitsstand, um zu klären, welcher Unterstützungsbedarf besteht. Darüber hinaus soll der Kulturausschuss informiert werden über den Planungsstand der neu zu errichtenden „Blauen Stelen“ für bislang nicht vertretene Opfergruppen.

Beschluss:

Stadtrat vom 18.06.2020

Der Antrag wird weiter verwiesen. Vom zuständigen Referat ist eine Vorlage zu erstellen.

Ausschuss für Kultur und Bildung vom 26.01.2021

Der Ergänzungsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist mit der Verwaltungsvorlage erledigt.

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht vom 02.02.2021

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V746/20:

Einstimmig befürwortet:

1. Innerhalb des Stadtarchives wird eine Projektgruppe
„Opfer des Nationalsozialismus in Ingolstadt“
Forschung – Dokumentation – Vermittlung
für eine Projektlaufzeit von 5 Jahren eingerichtet.
2. Die Projektleitung ist aufgrund archiv- und datenschutzrechtlicher Bestimmungen innerhalb des Stadtarchives zu verorten.

Die Antragsziffer 3 wird zur Beratung in die Fraktionen und zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 10.02.2021

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V746/20**:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.

Stadtrat vom 11.02.2021

Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion **V160/20**, der Ergänzungsantrag **V161/20**, sowie der Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **V168/20** und die Beschlussvorlage der Verwaltung **V746/20** wurden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V746/20**:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Die Anträge der CSU-Stadtratsfraktion **V160/20**, sowie der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **V161/20** und **V168/20** sind mit der Beschlussfassung der Verwaltungsvorlage **erledigt**.

